

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telex: 88846 ppbn d
Telefax: 91520-12



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB
zur überstürzten Kopf-
geburt eines deutsch-
französischen Korps:
Befürchtungen bei
Freunden.

Seite 1

Siegrun Klemmer MdB
und Christel Hanewinkel
MdB zur Debatte
über den Bericht des
Petitionsausschusses
für das Jahr 1991: An-
liegen der Ostdeut-
schen abgewiesen.

Seite 3

Wieland Sorge MdB zur
Entscheidung der
Deutschen Sportju-
gend, nur Jugendliche
aus den alten Bundes-
ländern nach Barcelo-
na reisen zu lassen:
Mauer in den Köpfen.

Seite 4

Robert Leidinger MdB
zu einer Initiative, das
Bundesurlaubsgesetz
neu zu regeln: Fünf
Wochen Mindesturlaub
für alle.

Seite 5

Dokumentation

'Als Soldat für friedliche
Konfliktlösungen ein-
treten' - Dankesworte
von Major Helmuth
Prieß für die IPPNW-
Auszeichnung.

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

47. Jahrgang / 115

19. Juni 1992

Befürchtungen bei Freunden

Zur überstürzten Kopfgeburt eines deutsch-französischen Korps

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

I.
Das Umfeld, in dem wir Sicherheitspolitik betreiben, hat sich radikal verändert. Die Bedeutung des atlantischen Bündnisses und des mit der NATO eng verbundenen Nordatlantischen Kooperationsrates als Stabilitätsanker für das größere Europa werden immer deutlicher, gleichzeitig soll im Rahmen der KSZE eine neue gesamteuropäische Sicherheitsstruktur entstehen.

In dieser Situation verrete ich persönlich durchaus die Auffassung, daß die Europäische Union am Ende des Weges zu einer Europäischen Union auch über eine gemeinsame Verteidigungspolitik und gemeinsame Streitkräfte verfügen sollte.

Es gibt allerdings keinen einzigen guten Grund für die überstürzte Kopfgeburt eines deutsch-französischen Korps. Dieser Versuch mußte außen- und innenpolitisch zu negativen Reaktionen führen.

II.

Dies gilt zunächst aus folgenden grundsätzlichen Überlegungen:

1. Er reflektiert altes, eindimensionales Denken in militärischen Kategorien. Schon 1954 bei der EVG hat sich gezeigt, was nach dem Ende des Kalten Krieges erst recht gilt: wer versucht, ausgerechnet die militärische Integration zum Katalysator des europäischen Einigungsprozesses zu machen, wird scheitern. Er stört die Europäische Integration, anstatt sie zu erleichtern. Das dänische NEIN zu Maastricht hängt damit zusammen.
2. Der internationale Rahmen liegt nicht fest. Ob es am Ende wirklich eine Nachfrage nach einer zusätzlichen militärischen Truppe gibt, ist fraglich. Die neue gesamteuropäische Sicherheitsstruktur entsteht in einem Prozeß, in dem es darum geht, mit Umsicht und Rücksicht auf unsere Partner, nicht zuletzt die USA, Bewährtes weiter zu entwickeln. Wer versucht, diesen Prozeß spektakulär in eine bestimmte Richtung zu präjudizieren, stößt die Partner vor den Kopf. Das geplante Korps kann eine verhängnisvolle Rolle für eine "kleineuropäische Lösung" und eine Entfremdung von den USA und der NATO spielen. Dies liegt, bei aller Wertschätzung der deutsch-französischen Freundschaft, nicht im deutschen Interesse und wir unterstellen, daß auch die Bundesregierung dies nicht will.



3. Der europäische Rahmen liegt nicht fest. Die Beziehungen des deutsch-französischen Korps zur WEU sind unklar. Großbritannien und mehrere kleinere Staaten in Westeuropa sind Kritiker und Gegner des deutsch-französischen Korps. Damit droht dieses Korps nicht zur Einigung, sondern zur Spaltung Westeuropas beizutragen.
4. Der nationale Rahmen liegt nicht fest. Das deutsch-französische Korps soll laut Beschluß von La Rochelle nicht nur zur Verteidigung, sondern auch für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens sowie im Rahmen von humanitären Aktionen eingesetzt werden. Für militärische out of area Einsätze gibt es keine verfassungsrechtliche Grundlage. Wenn die Regierung versucht, ohne vorhergehende Konsultation und Zustimmung der SPD vollendete Tatsachen zu schaffen, dann wird die SPD ihren Widerstand gegen Kampfeinsätze out of area weiter verstärken.

III.

Unabhängig von diesen grundsätzlichen Einwänden kritisieren wir auch die Art und Weise, in der die Bundesregierung vorgeht. Wir stellen fest:

1. Die Bundesregierung hat es in allen Phasen der Planung für das deutsch-französische Korps versäumt, der Konsultations- und Informationspflicht gegenüber ihren Partnern und gegenüber der Öffentlichkeit ausreichend nachzukommen. So wurde zum Beispiel der Bericht des deutschen und französischen Verteidigungsministers, der in La Rochelle zugrunde lag, nach Informationen der WELT nicht ins Englische übersetzt. Bis heute ist er nicht einmal den zuständigen Bundestagsausschüssen vorgelegt worden. Wichtige Fragen, wie zum Beispiel die Frage nach den rechtlichen Grundlagen für das Korps und seinen genauen Beziehungen zu NATO und zur WEU sind immer noch nicht beantwortet.
2. Die Bundesregierung hat darüber hinaus in Washington und in Paris zumindest den Eindruck erweckt, daß mit verdeckten Karten gespielt wird. Helmut Kohl ist einer grotesken Selbstüberschätzung erlegen, wenn er geglaubt hat, der deutsche Bundeskanzler könne ausgerechnet auf dem heiklen Gebiet der Sicherheitspolitik amerikanische und französische Interessen zum Ausgleich bringen. Substantielle Unterschiede können nicht durch "symbolische Akte" verdeckt werden.
3. Die Bundesregierung hat schwere Fehler im "Timing" gemacht. Sie hat in empfindlichen Phasen vor und nach dem Europäischen Rat von Maastricht die kleineren EG-Partner vor den Kopf gestoßen. Sie hat darüber hinaus die mit der "Aufgabe der DM" vollauf beschäftigte deutsche Öffentlichkeit mit der Idee des Eurokorps weiter befremdet.

IV.

Das Ergebnis der Politik der Bundesregierung ist ein außenpolitisches Debakel. Washington ist empört. Paris macht hinter kaum noch vorgehaltener Hand deutlich, daß es den Bonner Interpretationen ("durch das deutsch-französische Korps wird Frankreich wieder näher an die NATO herangeführt") nur aus diplomatischer Rücksichtnahme nicht offen widerspricht. Die EG- und NATO-Partner strafen das deutsch-französische Korps mit weitgehender Nichtbeachtung, es wird im Kommuniqué des NATO-Außenministerrats von Oslo nicht einmal erwähnt. Und kleinere Partner wie Dänemark, die sich überfahren fühlen, verabschieden sich vom Projekt der Europäischen Union.

V.

Summa summarum: Das deutsch-französische Korps ist die einzige Armee in Europa, die bereits vor ihrer Verwirklichung Befürchtungen hervorrufft, und dies nicht bei Feinden, sondern bei Freunden.

(-/19. Juni 1992/rs/ks)

Anliegen der Ostdeutschen abgewiesen und auf Eis gelegt
Zur Debatte über den Bericht des Petitionsausschusses für das Jahr 1991

Von Siegrun Klemmer MdB und Christel Hanewinkel MdB
Mitglieder im Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Menschen in Ostdeutschland müssen erfahren, daß viele ihrer Petitionen gar nicht erst behandelt oder auf die lange Bank geschoben werden. Hatten die Ostdeutschen zu Zeiten der unseligen DDR nur als devote Bittsteller eine Chance, von den damals für Eingaben zuständigen Stellen den Gnadenakt der Beachtung zu erfahren, so ist heute in der Bundesrepublik für sie die Frage, ob sie überhaupt noch gehört werden.

Viele Petitionen aus Ostdeutschland werden gar nicht erst vom Ausschuß behandelt, weil sie auf Rechtsmittelbelehrung hinauslaufen. Dies liegt aber nicht nur an der Unerfahrenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem für sie neuen Rechtssystem. Viele von ihnen haben sich schon an die ostdeutschen Behörden gewandt, von dort aber keine oder schlicht falsche Antworten erhalten.

Statt sich mit diesem Zustand zufrieden zu geben oder zu hoffen, daß es sich nur um ein Übergangsübel auf dem Weg zur Einheit handelt, sollte die Bundesregierung endlich beim Aufbau der Behörden in Ostdeutschland stärker aufs Tempo drücken.

Bedenkt man, daß dort auch der Grund für die Verschleppung vieler wirtschaftlicher Initiativen liegt, ist jede für den Behördenaufbau ausgegebene Mark gewinnbringend angelegt. Als Beispiel mag hier die sogenannte Vorfahrts-, in Wirklichkeit eher Bremser-Regel für Investoren im Paragraphen 3a des Vermögensgesetzes gelten. Die komplizierte Regel wird kaum angewandt, zumal die Kommunen vor den regelmäßig eingehenden Anfechtungen und einstweiligen Verfügungen zurückschrecken. Die Haftung sollte hier von den Ländern übernommen werden.

Andere Petitionen aus Ostdeutschland liegen auf Eis. So zum Beispiel geht es einem der Themen, die dort den Menschen am meisten unter den Nägeln brennen, nämlich der Stichtagsregelung des Paragraph 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen. Hiervon sind Erwerber von Grundeigentum betroffen, die dieses auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und nach dem 18. Oktober 1989 erworben haben. Hinter der Regelung steht die Vermutung, bei den Erwerbern handele es sich vorwiegend um Funktionäre des SED-Staates, die nicht begünstigt werden dürfen.

Diese Vermutung hat sich als falsch erwiesen. Rechtschaffende Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands sehen sich empört und verunsichert falschem Verdacht ausgesetzt und bangen um ihr eingesetztes Vermögen. Die ostdeutschen Petenten machen den Vorschlag, auch eine schlichte Streichung dieser Regelung wäre denkbar, bei den Erwerbsgeschäften käme es dann ausschließlich auf die Frage der Redlichkeit oder Unredlichkeit an.

Ein Skandal liegt darin, daß Petitionen entsprechend der Geschäftsordnung des Bundestages so lange auf Eis liegen, bis der entsprechende Fachausschuß entscheidet, der sich zur Zeit mit einer die Petition betreffenden Angelegenheit beschäftigt. Auch die Eingaben zur Stichtagsregelung werden daher momentan überhaupt nicht behandelt. Bei ihrem ersten, über den Wahlakt hinausgehenden direkten Kontakt mit unserem politischen System erfahren so viele Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands, daß eines der für sie wichtigsten Anliegen vom Bundestag nicht annähernd die ihm angemessene Beachtung und Behandlung findet.

Der Petitionsausschuß muß also, statt die Anliegen der Menschen in einer eigenen Beurteilung an die Fachausschüsse heranzutragen, deren Entscheidung abwarten und verkommt so gegenüber den Petenten zum reinen Mitteilungsorgan bereits und an anderer Stelle getroffener Entscheidungen, Paragraph 109 der Geschäftsordnung des deutschen Bundestages muß geändert werden, der Petitionsausschuß muß die Möglichkeit erhalten, trotz laufender Verhandlungen der Fachausschüsse mitzuteilen.

Die SPD bereitet einen entsprechenden Antrag vor. Gerade die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands sollen den Unterschied zu früher merken, sie sollen sehen, daß sie nunmehr einen Anspruch haben von den von ihnen gewählten Politikern gehört, beachtet und ernst genommen zu werden.

(-/19. Juni 1992/rs/lfr)

Ein Beispiel für die Mauer in den Köpfen
Zur Entscheidung der Deutschen Sportjugend, nur Jugendliche aus den alten Bundesländern nach Barcelona reisen zu lassen

Von Wieland Sorge MdB
Stellvertretender sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entscheidung der Deutschen Sportjugend (DSJ), nur Jugendliche aus den alten Bundesländern nach Barcelona zu schicken, zeigt, wie weit wir von der Verwirklichung der Einheit Deutschlands entfernt sind.

Die DSJ pocht auf Chancengleichheit der Bewerber und hält weiter an ihren seit Jahren geltenden Auswahlkriterien fest. Wenn allerdings unter diesen Bedingungen der beste ostdeutsche Teilnehmer nur den 36. Platz erklimmen kann, so sollte dies doch selbst den hohen Herren und Damen der DSJ einiges Kopfzerbrechen bereiten und sie zu einer Revision ihrer Grundsätze in diesem speziellen Fall veranlassen. Von Chancengleichheit zwischen Ost und West kann man jedenfalls bei diesem Ergebnis nicht sprechen.

Die Bewerber aus den neuen Bundesländern werden sich fragen, warum man sie nicht rechtzeitig über die Inhalte der Auswahlgespräche informiert hat, damit die in einem völlig anderen gesellschaftlichen und kulturpolitischen Hintergrund aufgewachsenen Jugendlichen zumindest eine Chance gehabt hätten, sich darauf vorzubereiten. Oder sollte man den Hinweis bewußt unterlassen haben?

Es wäre unter den angelegten Maßstäben besser gewesen, man hätte die Jugendlichen aus dem Osten Deutschlands gar nicht erst eingeladen. Allerdings hätte man dann fairerweise auch die zusätzlichen zehn Plätze, die das NOK dem größer gewordenen Deutschland zugestanden hat, nicht besetzen dürfen.

Parallelen zur Endausscheidung "Jugend trainiert für Olympia" lassen sich nicht von der Hand weisen. Die ostdeutschen Jugendlichen müssen zu dem Eindruck gelangen, daß man sie einfach nicht dabei haben will! Ist die sportliche Qualifizierung erfolgt, dann werden organisatorische Gründe vorgebracht, die eine Teilnahme ostdeutscher Sportler verhindern. Ist die organisatorische Frage gelöst, werden westdeutsche Ausscheidungsbedingungen hochgehalten, die die Jugend aus den neuen Bundesländern aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklung der beiden deutschen Staaten nicht erfüllen kann.

Wieder einmal hat man die Chance verpaßt, über die Mauer in den Köpfen hinweg zu denken und "gesamtdeutsch" zu handeln. Es ist schockierend, wie wenige und kleine Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Einheit unternommen werden. Daher appelliere ich an das Auswahlgremium der DSJ, die gefällte Entscheidung so schnell wie möglich zu revidieren. Bei der DSJ scheint der Sport, der doch Medium der Völkerverständigung sein soll, schon mit der Überwindung der innerdeutschen Probleme überfordert zu sein. Ein ostdeutscher Jugendlicher meinte nach der Entscheidung schulterzuckend: "Es gibt eben zwei Welten; in der einen sind wir nicht erwünscht."

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(-/19. Juni 1992/rs/ks)

Fünf Wochen Mindesturlaub für alle
Zu einer Initiative, das Bundesurlaubsgesetz neu zu regeln

Von Robert Leidinger MdB

Eine Neuregelung des Bundesurlaubsgesetzes mit dem Ziel, den gesetzlichen Mindesturlaub auf einheitlich jährlich fünf Wochen in Deutschland anzuheben, fordert die bayerische Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion.

Mit dem von Bayerns SPD erarbeiteten Gesetzentwurf soll der derzeit gespaltenen Rechtsituation in Ost- und Westdeutschland ein Ende bereitet werden. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf vier Wochen Mindesturlaub, während die Arbeitnehmer in den alten Bundesländern lediglich drei Wochen geltend machen können.

Während über 90 Prozent aller abhängig Beschäftigten im Geltungsbereich von Tarifverträgen im Durchschnitt jährlich rund sechs Wochen Urlaub garantiert sind, fallen die übrigen durch den Rost und werden billig abgespaist.

Weit über zwei Millionen Beschäftigte in den Grauzonen des Tarifrechts und in den tariffreien Bereichen haben keine rechtliche Handhabe für einen angemessenen Erholungsurlaub. Dies gilt für Angestellte in freien Berufen, wie zum Beispiel bei Rechtsanwälten, Steuerberatern und Ärzten ebenso wie für Arbeitnehmer in Randbereichen der sozialen Absicherung, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft und für Angestellte im kirchlichen Bereich sowie Raumpflegerinnen, die sich häufig mit nur drei Wochen Urlaub begnügen müssen. Überproportional betroffen sind hier insbesondere weibliche Beschäftigte.

Es ist ein politischer Anachronismus, daß das geltende Recht in den elf alten Bundesländern sogar einer EG-Empfehlung von 1975 im Jahrzehnte hinterherhinkt, die damals schon eine Anhebung auf vier Wochen forderte. Das Bundesurlaubsgesetz aber schreibt den Mindesturlaub unverändert seit 1974 auf drei Wochen fest.

Angesichts der Entwicklung, die bis heute zu einer durchschnittlichen Urlaubsdauer von sechs Wochen im tariflich geregelten Bereich geführt hat und der gespaltenen Rechtsituation im vereinigten Deutschland ist jetzt eine Anpassung der Rechtsnorm auf einen gesetzlichen Mindeststandard von fünf Wochen angemessen und politisch überfällig.

(-/19. Juni 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Als Soldat für friedliche Konfliktlösungen eintreten

Die deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) hat den Sprecher des Arbeitskreises "Darmstädter Signal", Major Helmuth Prieß, mit ihrer Clara-Immerwahr-Auszeichnung geehrt. Diese Auszeichnung - benannt nach einer Chemikerin, die sich vor dem Ersten Weltkrieg gegen die Entwicklung von Giftgas verwahrte, das ihr Mann entwickelte - wurde Prieß am 14. Juni in Bonn verliehen. Nach der Laudatio des IPPNW-Vorsitzenden Professor Horst-Eberhard Richter (siehe SPD-Pressedienst vom 15. Juni) veröffentlichen wir heute Auszüge aus der Dankesrede von Helmuth Prieß.

Wir Signaler meinen: Wenn die Bundesrepublik sich nicht aktiv dafür einsetzt, die ungerechten weltwirtschaftlichen Verhältnisse abzubauen und wenn sie nicht bereit ist, Rüstungsexporte

und militärische Ausbildungshilfen einzustellen, dann wird sie sich militärisch an den von ihr selbst mit zu verantwortenden Konflikten überall auf der Welt beteiligen müssen. Wir Deutsche haben aber gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte allen Grund, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen!

Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer verteidigen - ja, darauf können Sie sich bei mir verlassen! Aber deutsche Wirtschaftsinteressen weltweit militärisch sichern? Sie können sich darauf verlassen, daß ich das nicht tue! Und viele Soldaten teilen meine Meinung, sie müßten nur die Chance haben, sich ohne Sorge vor dienstlichen Benachteiligungen äußern zu können. So ist auch die Sorge vor den "feinen, diffizilen Repressalien im Soldatenalltag" der Grund dafür, daß innerhalb der Bundeswehr fast nichts davon spürbar wird, daß - wie wir schriftlich belegt wissen - die Mehrzahl der Soldaten den Einsatz von Atomwaffen zur Verteidigung ablehnt.

Wer Recht und Freiheit - unsere abendländischen Werte, wie es im NATO-Vertrag heißt - nach außen schützen will, muß Recht und Freiheit auch nach innen erleben. Für "beide Seiten der Medaille" muß tagtäglich gearbeitet, gestritten werden. Der Kampf von Clara Immerwahr, deren beispielhaftes, tragisches Eintreten gegen die Perversion wissenschaftlich-chemischer Massenmordforschung und -anwendung durch diesen Preis zugleich in Erinnerung gebracht werden soll, bewegt mich sehr - sie stand weitgehend allein. Fritz Haber, ihr Mann, Wissenschaftler, Nobelpreisträger, der "Vater des Gaskrieges" hat am Nachmittag des 22. April 1915 an der Westfront bei Ypern in Belgien den ersten großen Einsatz des chemischen Kampfstoffes Chlorgas persönlich geleitet. 5.000 Tote sind das Ergebnis und Hauptmann Fritz Haber zeigte nur Verbitterung darüber, daß die Heeresleitung die Lage nicht nutzte, um durch die sechs Kilometer breite Frontlücke zum Kanal durchzustößen.

Noch heute trägt eine Kaserne auf deutschem Boden, in Reutlingen, den Namen "Ypern-Kaserne", Soldaten der 2. französischen Cuirassier-Regiments sind darin untergebracht. Gern greife ich die Anregung von Herrn Jakob Knab, einem sehr aktivem Mitglied der internationalen katholischen Friedensbewegung "pax christi" auf und rege an, die Ypern-Kaserne in Reutlingen in "Clara-Immerwahr-Kaserne" umzubenennen. Das wäre ein zeitgemäßes Zeichen vor dem erfreulichen Ergebnis, daß in Folge mutiger und vernünftiger Abrüstungsverhandlungen chemische Waffen von deutschem Boden inzwischen abgezogen sind. Der Name Clara Immerwahr steht am Anfang des Engagements gegen chemische Massenvernichtungsmittel. Eine Mahntafel in der Clara-Immerwahr-Kaserne sollte an das Massenmorden in Ypern erinnern.

Anders als Clara Immerwahr streiten wir "Signaler" unter viel günstigeren Bedingungen: Wir werden gefördert, gestützt, können auf den Rechtsstaat hoffen - und tun das auch! - wir erhalten Lob aus allen Teilen der Bevölkerung: von Nachbarn und Freunden, von gesellschaftlich kleinen und großen, bedeutenden Gruppen - wie zum Beispiel heute von der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten IPPNW - wir erhalten Unterstützung von Parteien, Gewerkschaften, von Friedensforschern, von vielen Gremien der Kirchen, Bürgerrechts- und Basisorganisationen, inzwischen vereinzelt aus den Reihen der evangelischen Militärseelsorge und auch von eigenen Kameraden.

"Aufbruch zu neuen Ufern" nennt der Generalinspekteur das Zeichen der Zeit. Dem setzen wir Signaler entgegen: Abbruch dieses Aufbruchs; stattdessen: Aufbruch der "Seilschaft des Friedens"; der Gipfel heißt: friedliche Konfliktlösungen. Hängen Sie sich ein, der Berg ist hoch, die Wand steil, das Gestein brüchig, der Aufstieg ist nicht ohne Gefahren - nur gemeinsam haben wir eine Chance! Erlauben Sie mir noch eine persönliche Anmerkung: Ich danke allen, die mich und meine Kameraden im Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL bisher unterstützen und bitte, uns weiter zur Seite zu stehen.

(-/19. Juni 1992/rs/ks)
